Vorlage Nr.: 0165/2021
öffentlich

Beratungsfolge		Sitzungstermin	TOP	Status	Abstimmungsergebnis		
					Ja	Nein	Enth.
Finanzausschuss	Vorberatung	27.01.2022		Ö			
Verwaltungsausschuss	Vorberatung	27.01.2022		N			
Rat	Entscheidung	03.02.2022		Ö			

Aufstellung von konsolidierten Gesamtabschlüssen für die Jahre 2012 bis 2020

1. Sachverhalt und Rechtslage:

Die Gemeinden haben grundsätzlich seit 2012 für jedes Haushaltsjahr einen konsolidierten Gesamtabschluss zu erstellen (§ 128 Abs. 4 bis 6 NKomVG).

In diesem sogenannten Konzernabschluss werden die Abschlüsse der wesentlichen verbundenen Unternehmen und Beteiligungen mit dem Abschluss der Stadt Soltau zusammengefasst. Hierdurch soll die tatsächliche Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage innerhalb des „Konzerns Stadt Soltau“ dargestellt werden. Der konsolidierte Gesamtabschluss besteht aus einer konsolidierten Ergebnisrechnung, einer Gesamtbilanz und den konsolidierten Anlagen nach § 128 Abs. 3 Nrn. 2 bis 4 NKomVG. Er wird durch einen Konsolidierungsbericht erläutert, dem eine Kapitalflussrechnung sowie weitere Erläuterungen beigefügt werden.

Die eigentliche Konsolidierung erfolgt in den folgenden Arbeitsschritten:

1. Festlegung des Konsolidierungskreises
2. Feststellung der Einzelabschlüsse (Handels-/Kommunalabschluss I)
3. Feststellung des Handels-/Kommunalabschlusses II auf Grund von Vereinheitlichungsmaßnahmen (einheitlicher Stichtag, einheitlicher Ausweis, einheitliche Bewertung, einheitliche Nutzungsdauern)
4. Addition der Einzelabschlüsse (II) zu einem Summenabschluss
5. Konsolidierungsmaßnahmen
 - a) Kapitalkonsolidierung
 - b) Schuldenkonsolidierung
 - c) Zwischenergebniseliminierung
 - d) Ergebniseliminierung

Schließlich unterliegt der Gesamtabschluss der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt beim Landkreis Heidekreis bzw. einem durch das Prüfungsamt freigegebenen Wirtschaftsprüfer (§156 Abs.2 NKomVG). Hier wird mit jährlichen Kosten in Höhe von ca. 10.000 € gerechnet.

Auf Grund einer Änderung des NKomVG vom 13.10.2021 wird den Gemeinden in

§ 179 NKomVG nunmehr freigestellt, für die Jahre 2012 bis 2020 konsolidierte Gesamtabschlüsse aufzustellen.

Mit den Arbeiten am ersten Gesamtabschluss für 2012 wurde zwar bereits begonnen. Bei einem Großteil der Arbeiten am ersten Abschluss handelt es sich jedoch um Grundsätzliches, welches für spätere Abschlüsse übernommen oder zumindest übertragen werden kann (z.B. Festlegung des Konsolidierungskreises, Feststellung der einheitlichen Ausweise, der Bewertungskriterien und Nutzungsdauern). Die weiteren Arbeiten betreffen ebenfalls grundsätzliche Überlegungen, die in angepasster Form auch für spätere Abschlüsse verwendet werden können.

In Anbetracht des trotzdem erheblichen verbleibenden Arbeitsaufwandes für insgesamt neun (!) nachzuholende Abschlüsse, der wegfallenden Prüfungskosten (ca. 90.000 €) und der im Vergleich dazu geringen Aussagekraft für zurückliegende Zeiträume schlägt die Verwaltung vor, von der Ausnahmemöglichkeit Gebrauch zu machen und auf die Aufstellung der Gesamtabschlüsse bis 2020 zu verzichten.

Das Rechnungsprüfungsamt hat im Übrigen in einem Gespräch ausdrücklich dazu geraten, von der Ausnahmemöglichkeit Gebrauch zu machen.

2. Haushaltmäßige Beurteilung:

Die Erstellung von konsolidierten Gesamtabschlüssen hat keine direkten finanziellen Auswirkungen auf das kommunale Haushaltswesen. Der Gesamtabschluss dient lediglich als zusätzliche Informationsquelle und vermittelt ein Gesamtbild über die finanzielle Situation des Konzerns „Stadt“.

Ein Verzicht auf die Erstellung der Abschlüsse führt allerdings dazu, dass keine Prüfungsgebühren für einen Wirtschaftsprüfer anfallen. Da für diese Gebühren Rückstellungen in den Jahresabschlüssen seit 2012 gebildet worden sind, könnten diese bei einem Verzicht vollständig aufgelöst werden und das Jahresergebnis für 2021 damit um 90.000 € verbessern.

3. Beschlussvorschlag:

Es wird gemäß § 179 Abs. 1 NKomVG darauf verzichtet, konsolidierte Gesamtabschlüsse für die Jahre 2012 bis 2020 aufzustellen.